

„GUT LEBEN IM ALTER – ÜBERALL“ WIE WIR LÄNDLICHE RÄUME GENERATIONENGERECHT GESTALTEN

Fraktionsbeschluss, 7. Juli 2026

Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland steigt. Das ist eine gute Nachricht. Gleichzeitig entwickelt sich der demografische Wandel zu einer Herausforderung für unsere Gesellschaft. Heute ist rund jeder fünfte Mensch über 67 Jahre alt, in den kommenden Jahren wird dieser Anteil deutlich steigen.

Viele Menschen möchten ihr Leben möglichst lange selbstbestimmt, gesund und gut eingebunden in ihrem vertrauten Umfeld gestalten. Die Bedürfnisse älterer Menschen sind dabei so vielfältig wie ihre Lebenssituationen – von erwerbstätigen, aktiven Senior*innen bis hin zu hochbetagten Menschen und Menschen mit Unterstützungs- oder Pflegebedarf. Mit ihren Erfahrungen, Kompetenzen und Perspektiven bereichern sie Gesellschaft, Familie, Vereine und informelle Zusammenschlüsse und leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für uns ist klar: Der demografische Wandel ist keine Entwicklung, die wir nur verwalten – wir wollen ihn mit den Menschen vor Ort gestalten.

Daher skizzieren wir einen Masterplan „Gut altern in ländlichen Räumen“

- Wohnen – barrierefrei und selbstbestimmt
- Gut unterwegs in jedem Alter – sichere Mobilität
- Gesundheit und Pflege – keine Frage des Wohnorts
- Gut angebunden und informiert in jedem Alter – Bildung und digitale Teilhabe möglich machen
- Eingebunden und aktiv in ländlichen Räumen – Mit sozialen und kulturellen Angeboten

Gestaltung des demografischen Wandels

Der demografische Wandel stellt Anforderungen an die Orte, an denen das tägliche Leben der Menschen stattfindet: unsere Städte und Gemeinden. Die Bevölkerung auf dem Land ist im Durchschnitt älter als in den Städten. In manchen Regionen Ostdeutschlands ist ein Drittel der Menschen älter als 65 Jahre. Besonders in ländlichen Räumen mit Bevölkerungsrückgang wird sich diese Entwicklung weiter verstärken. Damit wachsen die Anforderungen an altersgerechtes Wohnen, verlässliche Mobilität, Gesundheit und Pflege sowie gesellschaftliche Teilhabe. Versorgungsstrukturen sind oft weniger dicht als in der Stadt. Kurze Wege zu Ärzt*innen, Einkaufsmöglichkeiten oder soziale Treffpunkte sind vielerorts keine Selbstverständlichkeit. Viele Menschen erleben seit Jahren, dass die Apotheke, der Dorfladen, die Gaststätte oder die Postfiliale schließen. Wo solche Orte verschwinden, geht oft auch ein Stück Gemeinschaft verloren und soziale Kontakte verlagern sich häufiger in den privaten Raum. Eine Folge davon ist, dass Menschen ohne familiäre oder nachbarschaftliche Netzwerke stärker von Einsamkeit betroffen sein können.

Dabei ist die Situation in ländlichen Räumen sehr unterschiedlich und wird sich künftig weiter ausdifferenzieren: In Regionen im Umfeld von Großstädten besteht die Herausforderung häufig darin, neu zugezogene und alteingesessene Menschen miteinander in Kontakt zu



bringen und ein gemeinsames soziales Leben zu gestalten. In ländlichen, strukturschwächeren Regionen hingegen kann Abwanderung das demografische Ungleichgewicht verschärfen und den Alterungsprozess der Gesellschaft beschleunigen. Gleichzeitig zeigen viele Regionen, wie viel Kraft in starken Dorfgemeinschaften, Vereinen und engagierten Kommunen steckt.

Für uns Bündnisgrüne im Bundestag steht fest: Ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Alter darf nicht vom Wohnort abhängen. Ländliche Räume bieten große Potenziale: Dort, wo Gemeinschaft aktiv gelebt wird, gibt es häufig solidarische und kreative Lösungen. Viele Dörfer funktionieren so gut, weil Menschen Verantwortung übernehmen – z. B. in Sport- oder Gesangsvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr, Kirchengemeinden, Nachbarschaftshilfen oder Dorfgemeinschaften. Dieses Engagement verdient Anerkennung und verlässliche Unterstützung. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist jedoch auch eine grundgesetzlich verankerte, politische Aufgabe. Sie darf nicht davon abhängen, ob vor Ort besonders engagierte Menschen alles auffangen können.

Die „Demografiestrategie“ der Bundesregierung ist inzwischen in die Jahre gekommen. Sie ist über zehn Jahre alt und behandelt die ländlichen Räume als einen Aspekt unter mehreren. Aktuell beschränken sich die Aktivitäten auf einzelne Projekte des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, um die ländlichen Räume im demografischen Wandel zu unterstützen. Neue Vorhaben fehlen im aktuellen Koalitionsvertrag. Das wird der Bedeutung des Themas und der Größe der Herausforderungen nicht gerecht.

Masterplan Gut altern in ländlichen Räumen

Wir schlagen einen ressortübergreifenden „Masterplan Gut altern in ländlichen Räumen“ vor. Dieser bündelt die zentralen Herausforderungen für gesellschaftliche Teilhabe in ländlichen Räumen und schlägt konkrete Maßnahmen für Mobilität, Wohnen, soziale und digitale Teilhabe sowie medizinische Versorgung und Pflege vor. Es geht um nichts weniger als um das Ziel, dass ländliche Räume lebenswerte Regionen für alle Generationen sind.

Tragfähige und akzeptierte Lösungen entstehen dort, wo sie gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden. Die Menschen vor Ort wissen selbst am besten, was ihre Region braucht. Sie wissen, wo der Bus fehlt, warum der Dorftreff wichtig ist oder welche Brücke seit Jahren auf ihre Sanierung wartet.

Viele gute Ideen und Initiativen sind bereits vorhanden – sie gilt es aufzugreifen, zu fördern und dauerhaft zu stärken. Kommunen kommt dabei eine koordinierende Schlüsselrolle zu. Unsere Städte und Gemeinden müssen aber handlungsfähig sein, um mit einer verlässlichen Daseinsvorsorge vor Ort entscheidend dazu beizutragen, dass Menschen auch im Alter selbstbestimmt und in Würde leben können. Zu oft mussten Kommunen in den vergangenen Jahren erleben, dass immer neue Aufgaben auf sie übertragen wurden, ohne dass sie dafür ausreichend finanziell ausgestattet wurden. Das wollen wir ändern. Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, fordern wir eine verlässliche, auskömmliche und krisenfeste Finanzausstattung der Kommunen durch Länder und Bund. Ein wichtiger Schritt wäre eine stärkere und dauerhafte Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen, etwa über höhere Anteile an der Umsatzsteuer. Kommunen, Vereine und Initiativen brauchen



unbürokratische Fördermöglichkeiten, mit denen auch kleinere Projekte die vor Ort erarbeiteten Lösungsideen schnell und verlässlich umgesetzt werden können.

Wohnen – barrierefrei und selbstbestimmt

Die meisten Menschen möchten dort alt werden, wo sie ihr Leben verbracht haben – in ihrer Wohnung, in ihrer Nachbarschaft und in ihrem vertrauten Umfeld. Generationenfreundliche Politik muss genau das ermöglichen.

Selbstbestimmung im Alter braucht passende Wohnverhältnisse und ein gutes Wohnumfeld. Ob ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, hängt oft von baulichen Barrieren ab. Ein Schwerpunkt des „Masterplans Gut altern in ländlichen Räumen“ sollte daher Bauen und Wohnen sein. Wir fordern von der Bundesregierung, die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft bei der Novellierung des Baugesetzbuchs systematisch zu berücksichtigen und altersgerechte sowie barrierefreie Infrastruktur in der Planung stärker zu verankern. Darüber soll gemeinsam mit den Ländern darauf hingewirkt werden, Barrierefreiheit als verbindlichen Standard im Neu- und Umbau sowie bei Sanierungen im Bauordnungsrecht zu verankern und konsequent umzusetzen. Gerade im Neubau ist Barrierefreiheit vor allem eine Frage vorausschauender Planung. Werden Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Beginn an mitgedacht, lassen sie sich mit vergleichsweise geringem Mehraufwand umsetzen und vermeiden später kostspielige Umbaumaßnahmen.

Millionen barrierefreie Wohnungen fehlen bereits heute. Statt das Förderprogramm "Altersgerecht Umbauen" endlich bedarfsgerecht auszustatten, kürzt die Bundesregierung die Mittel von 150 auf 50 Millionen Euro und erschwert damit vielen Menschen, auch im Alter in ihrem eigenen Zuhause zu bleiben.

Gleichzeitig braucht es mehr bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum. Wir wollen, dass Menschen auch mit kleinen und mittleren Renten möglichst lange in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben können – auch bei Unterstützungs- oder Pflegebedarf. Besonders in ländlichen Räumen mit vielerorts vorhandenen Bestandsgebäuden und Leerstand wollen wir Bestandserhalt, Umbau, Modernisierung und Umnutzung gezielt stärken, statt ausschließlich auf Neubau zu setzen. Frauen sind im Alter deutlich häufiger von Armut betroffen als Männer. Bezahlbares Wohnen ist deshalb für viele ältere Frauen eine entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Gute Alterspolitik muss diese strukturellen Ungleichheiten mitdenken und abbauen.

Besonders fördern wollen wir gemeinwohlorientierte und gemeinschaftliche Wohnformen wie generationenübergreifendes Wohnen, Pflege-Wohngemeinschaften und vielfältige Wohnprojekte. Sie stärken soziale Teilhabe, ermöglichen gegenseitige Unterstützung und helfen dabei, Einsamkeit vorzubeugen.

Zum guten Wohnen im Alter gehört auch der Schutz vor den Folgen der Klimakrise. Hitzewellen und Starkregen treffen ältere Menschen besonders stark. Deshalb müssen Hitzeschutz und klimaangepasste Stadt- und Dorfentwicklung verbindlich mitgedacht werden. Gerade öffentliche Räume müssen so gestaltet sein, dass ältere Menschen auch an heißen Tagen sicher am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Mehr Grün, Verschattung und eine klimaresiliente Gestaltung von Straßen, Plätzen und Aufenthaltsbereichen verbessern die Lebensqualität und stärken die Widerstandsfähigkeit



ländlicher Räume. Deshalb setzen wir uns für die Fortführung und Aufstockung des Programms „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ (AULR) ein.

Gut unterwegs in jedem Alter

In ländlichen Räumen entscheidet Mobilität darüber, ob Menschen selbstständig bleiben, Freund*innen treffen oder einkaufen können. Wenn die Arztpraxis mehrere Kilometer entfernt liegt und keine Möglichkeit besteht, sie zu erreichen, wird aus einer alltäglichen Situation schnell ein ernsthaftes Problem.

In städtischen Räumen kann das 15-Minuten-Prinzip, wonach wichtige Alltagsziele innerhalb kurzer Wege erreichbar sein sollen, eine sinnvolle Orientierung sein. Für ländliche Räume bedeutet gute Daseinsvorsorge hingegen: verlässliche Erreichbarkeit durch gute Mobilität, funktionierende Ortszentren und die Sicherung bestehender Infrastrukturen im direkten Wohnumfeld sowie ergänzende mobile Angebote – vom Medibus über mobile Beratungsangebote bis hin zu fahrenden Lebensmittel- und Dienstleistungsangeboten.

In ländlichen Regionen wurde über Jahrzehnte hinweg vor allem auf den motorisierten Individualverkehr gesetzt. Viele Menschen sind daher im Alltag auf das Auto angewiesen, weil geeignete Alternativen fehlen. Gleichzeitig wächst der Anteil älterer Menschen, die nicht mehr selbst Auto fahren können oder wollen oder sich die Kosten eines eigenen Fahrzeugs nicht leisten können. Für sie sind ein leistungsfähiger ÖPNV, gut ausgebaute Fußwege sowie eine sichere und flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entscheidende Voraussetzungen, um selbstständig und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dazu gehören auch verbindliche Qualitätsstandards für Fuß- und Radwege, etwa eine ausreichende Breite, eine asphaltierte Oberfläche und eine gute Instandhaltung. Öffentliche Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und muss gerade in ländlichen Räumen verlässlich gewährleistet werden.

Der „Masterplan Gut altern in ländlichen Räumen“ sieht daher den Ausbau sowie eine langfristig verlässliche Finanzierung des ÖPNV vor. Die Anbindung ländlicher Regionen an zentrale Verkehrsknotenpunkte muss verbessert werden. Flexible und innovative Mobilitätsangebote wie Rufbusse und On-Demand-Verkehre, die ohne feste Linienführung Fahrten zwischen beliebigen Punkten ermöglichen, wollen wir stärken, um auch kleinere Orte besser erreichbar zu machen. Bürgerbusse, Mitfahrbänke oder die Organisation von Zusammen- oder Mitfahrgelegenheiten sind kurzfristig umsetzbare Verbesserungen, die auf das Engagement vor Ort zurückgreifen.

Fußwege, Haltestellen und Umsteigepunkte müssen so gestaltet werden, dass sie auch von allen Menschen sicher und selbstständig genutzt werden können. Wer barrierefrei baut, schafft Lebensqualität für alle.

Ortszentren wollen wir durch verkehrsberuhigte und barrierefreie Begegnungsräume aufwerten. Dazu gehören sichere Fußwege, Begrünung und ausreichend Sitzgelegenheiten. Orte, an denen man sich einfach aufhalten kann – ohne etwas kaufen zu müssen – fördern und stärken soziale Kontakte und erhöhen die Lebensqualität.



Gesundheit und Pflege – keine Frage des Wohnorts

Gesund alt werden darf keine Frage des Wohnorts sein. Gute Gesundheitsversorgung und Pflege müssen dort ankommen, wo Menschen leben – auch in kleinen Städten und Dörfern. Sie sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können und die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.

Medizinische Versorgung und Pflege sind zentrale Bestandteile der Daseinsvorsorge. Insbesondere in ländlichen Räumen führen Praxisschließungen, lange Wege und die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung zu Versorgungslücken. Wenn die Hausarztpraxis schließt, der Weg zum Facharzt immer weiter wird oder Pflegeangebote fehlen, belastet das nicht nur die Betroffenen, sondern oft auch ihre pflegenden An- und Zugehörigen.

Gesundheit im Alter ist deshalb ein zentrales Handlungsfeld eines „Masterplans Gut altern in ländlichen Räumen“. Dabei gilt: Die Lebenslagen älterer Menschen sind unterschiedlich. Gute Gesundheits- und Pflegepolitik muss dieser Vielfalt gerecht werden. Menschen mit Migrationsgeschichte, queere ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen stoßen noch immer auf besondere Zugangsbarrieren, denen gezielt entgegengewirkt werden muss.

Wir wollen Versorgung stärker vom Menschen her denken. Unser Ziel sind sorgende Gemeinschaften, in denen professionelle Gesundheits- und Pflegeangebote, kommunale Strukturen, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt und familiäre Unterstützung eng zusammenwirken. So entstehen wohnortnahe Netzwerke, die Menschen im Alltag begleiten, Angehörige entlasten und ein selbstbestimmtes Leben auch bei Unterstützungs- oder Pflegebedarf ermöglichen. Der Aufbau von Gesundheitsregionen, in denen wohnortnah Hausärzt*innen, Pflegefachpersonen, Therapeut*innen und soziale Dienste z.B. in Gesundheitszentren enger zusammenarbeiten, unterstützt hierbei.

Pflegefachpersonen übernehmen bereits heute vielerorts zentrale Verantwortung – insbesondere in Regionen mit geringer Versorgungsdichte. Sie leisten weit mehr als medizinische Versorgung: Sie beraten, begleiten und geben Menschen Sicherheit im Alltag. Community Health Nurses wollen wir deshalb als niedrigschwellige, präventiv arbeitende Pflegefachpersonen flächendeckend etablieren. Sie unterstützen insbesondere ältere sowie chronisch erkrankte Menschen dabei, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben zu können.

Gut angebunden und informiert in jedem Alter

Digitale Teilhabe entscheidet zunehmend darüber, ob Menschen Zugang zu Informationen, Dienstleistungen, sozialem Austausch und gesundheitlicher Versorgung haben. Gerade in ländlichen Räumen können digitale Lösungen dazu beitragen, große Entfernungen zu überbrücken, Versorgung zu sichern und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Sie ermöglichen den Zugang zu wichtigen Angeboten unabhängig vom Wohnort und tragen dazu bei, gleichwertige Lebensverhältnisse zu stärken. Deshalb ist digitale Teilhabe ein zentraler Bestandteil des „Masterplans Gut altern in ländlichen Räumen“.

Digitale Teilhabe setzt verständliche und barrierefreie Anwendungen, alltagsnahe Angebote sowie Kompetenzen, Vertrauen und Offenheit im Umgang mit digitalen Technologien



voraus. In ländlichen Räumen braucht es dafür schnelles Internet, digitale Kompetenz und verlässliche Angebote. Grundlage ist eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen muss konsequent vorangetrieben werden. Digitale Teilhabe setzt aber auch unabhängige, professionelle Lokalmedien voraus, die über das Geschehen vor Ort berichten und kritisch einordnen. Deshalb setzen wir uns für eine strukturelle Förderung des Lokaljournalismus ein, die journalistische Redaktionen nach transparenten Kriterien unterstützt.

Ein moderner digitaler Staat ermöglicht den Zugang zu Verwaltungsleistungen von zu Hause aus und erspart lange Wege. Behörden, Beratungsstellen oder Dienstleistungsangebote können mit digitalen Angeboten den Alltag erheblich erleichtern. Gleichzeitig gilt: Digitale Angebote dürfen persönliche Ansprechpartner*innen dort, wo sie benötigt werden, nicht ersetzen. Wer Unterstützung persönlich, telefonisch oder vor Ort benötigt, darf nicht ausgeschlossen werden.

Ebenso wichtig sind Bildung, Kompetenzen und Unterstützung im Alltag. Digitale und Medienkompetenzen müssen über alle Lebensphasen hinweg systematisch gefördert werden. Niemand sollte von digitalen Angeboten ausgeschlossen werden, weil Unterstützung fehlt.

Niedrigschwellige Bildungs- und Beratungsangebote – mobil oder vor Ort, etwa in Bibliotheken, Mehrgenerationenhäusern, Begegnungsstätten oder anderen sozialen Einrichtungen – sind dabei unverzichtbare Anlaufstellen. Darüber hinaus müssen digitale Anwendungen konsequent barrierefrei, nutzerorientiert und verständlich gestaltet werden. Länder und Kommunen sollen dabei unterstützt werden, erfolgreiche digitale Lösungen einfacher zu übernehmen, weiterzuentwickeln und flächendeckend einzusetzen, damit gute Ansätze schneller Wirkung entfalten und Ressourcen effizient genutzt werden können.

Bildung endet nicht mit dem Renteneintritt. Viele Menschen möchten auch im Alter Neues lernen, digitale Angebote sicher nutzen, sich freiwillig oder ehrenamtlich engagieren oder einfach mit anderen Menschen in Kontakt bleiben. Lebenslanges Lernen muss daher zu einer vierten Säule unseres Bildungssystems werden. Entscheidend ist, Bildungs- und Lernangebote über alle Lebensphasen hinweg zu fördern. Gute Bildungsangebote schaffen dafür die Voraussetzungen, ebenso wie eine niedrigschwellige, aufsuchende Weiterbildungsberatung.

Besonders in ländlichen Räumen braucht es deshalb eine starke Bildungsinfrastruktur, Volkshochschulen, Bibliotheken und andere lokale Lernorte müssen gezielt ausgebaut und gesichert werden. Sie sind neben Bürgermedien, Mehrgenerationenhäusern und Dorfgemeinschaftshäusern oft die wenigen Orte, an denen überhaupt Kurse, Begegnung oder Austausch stattfinden können. Damit wirken sie nicht nur als Lernorte, sondern stellen auch wichtige Treffpunkte im Alltag dar und tragen viel zum Zusammenhalt vor Ort bei.

Eingebunden und aktiv in ländlichen Räumen

Soziale Teilhabe entscheidet wesentlich darüber, ob Menschen auch im Alter selbstbestimmt und gut eingebunden leben können. Gerade in ländlichen Räumen wächst die Gefahr von



Einsamkeit und sozialer Isolation, wenn Treffpunkte fehlen, Wege zu weit sind oder Unterstützungsangebote wegfallen. Gleichzeitig ist das freiwillige Engagement hier sehr hoch und trägt das soziale Leben vor Ort maßgeblich.

Soziale Orte – etwa Bibliotheken, Sportvereine, Chöre, Theatergruppen soziokulturelle Zentren oder andere Begegnungsorte - sind wichtige Anker für Begegnung und gemeinsames Leben. Sie tragen dazu bei, dass Menschen miteinander ins Gespräch kommen, Vorurteile abgebaut und demokratische Strukturen im Alltag gelebt werden. Damit geht ihre Bedeutung weit über Kultur, Sport oder Geselligkeit im engeren Sinn hinaus. Wo Mobilität eingeschränkt ist, können zudem mobile und aufsuchende Formate dazu beitragen, soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen etwa durch Gastspiele oder andere Angebote, die in kleinere Orte kommen.

Im Rahmen des Masterplans „Gut altern in ländlichen Räumen“ wollen wir bestehende Angebote stärken, Beteiligung erleichtern und Engagement verlässlich unterstützen, ohne staatliche Aufgaben zu ersetzen. Bewährte Programme wie LEADER, BULEplus oder „Engagiertes Land“ können dabei wichtige Anhaltspunkte bieten.

